

Die Welt entzweit sich

bergsicht



KAPITEL 1

Ist gefühlt auch relevant?

Die um sich greifende Subjektivierung der Feststellung von Sachverhalten bereitet zunehmend Mühe und ist nicht ohne Gefahren. Während man früher schlicht das Thermometer konsultierte, um zu wissen, wie kalt oder warm es ist, wird man im postfaktischen Zeitalter mit der sogenannten «gefühlten Temperatur» konfrontiert. Wenn der Wind bläst, schlottere man mehr, und wenn es feucht ist, schleiche sich die Kälte in die Gebeine, so die Überlegung. Also kombiniert man Temperatur, Windgeschwindigkeit und Luftfeuchtigkeit miteinander und schafft damit einen neuen, künstlichen Indikator. Dadurch meint man, der Wahrheit näher zu kommen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Denn es ist schwierig zu ermessen, welchen Anteil nun Thermometer-Temperatur, Windgeschwindigkeit und Wassergehalt in der Luft an der kombinierten Kennzahl haben und wie sich diese verändern würde, wenn sich einer der Faktoren veränderte oder wegfiel. «Gefühlte Temperatur» bräuchte, um verstanden zu werden, die mathematischen Kenntnisse der partiellen Ableitung. Und man müsste auch noch wissen, wie die jeweilige Kleidung – ein völlig subjektives Element –

und gegebenenfalls der Hormonhaushalt auf die spezifischen Faktoren reagieren.

Kürzlich entdeckten wir in der Publikation einer Bank eine Grafik, die auf die derzeitige Diskrepanz zwischen «gefühlter politischer Unsicherheit» und der gemessenen, auffallend tiefen Volatilität an den Aktienmärkten aufmerksam machte. Da, so die Bank, «politische Börsen kurze Beine haben», müssten sich die Anleger jedoch nicht übermässig verunsichert fühlen, wengleich der «Global Policy Uncertainty Index» bisher nie gesehene Höchststände erreicht hat. Wir verschliessen uns dieser Empfehlung zu einer ruhigen Hand gewiss nicht, allein der Unsicherheitsindex hat es uns angetan. Kann man politische Unsicherheit wirklich numerisch feststellen? Auch wenn der Index offenbar seit zwanzig Jahren von amerikanischen Wissenschaftlern errechnet wird und somit akademischen Hintergrund hat: Welche Aussagekraft kann einer solchen kombinierten Kennzahl zukommen? Wenig. Denn ohne genaue Kenntnis der Einflussfaktoren, das heisst darüber, was genau für mehr oder weniger Sicherheit bzw. Unsicherheit sorgt, verleiht ein solcher Gradmesser höchstens das Gefühl einer scheinbar objektiven Analyse.

Mehr Unsicherheit entsteht laut Index unter anderem, wenn die Anzahl von Artikeln zu wirtschaftspolitischer «Uncertainty» in bestimmten Zeitungen ansteigt. Ganz gewiss hat beispielsweise die Person Trump den Unsicherheitsindex ansteigen lassen. Er ist ja bekanntermassen eine schrille, bizarre Figur und aus Sicht akademisch geschulter Politologen ohnehin eine klare Fehlplatzierung. Das kann man so sehen. Umgekehrt gilt aber auch: Ein System wie das amerikanische, das stabil bleibt, obwohl an der Spitze des Staates eine Figur wie Donald Trump steht, muss von besonderer

Ende einer Fiktion und Geburt einer neuen Doktrin

Qualität sein. *Trump* als erfolgreicher *Belastungstest* für den Fortbestand einer insgesamt ausgewogenen Machtverteilung: Müsste solches nicht als beruhigend und mithin unsicherheitsreduzierend wahrgenommen werden? Wir kennen zwar die Faktoren, die hinter dem besagten Index stehen, aber wissen nicht genau, wie der Index unter bestimmten Faktorveränderungen reagieren würde. Auch hier wäre Calculus notwendig, um die Aussagekraft des Index wirklich zu verstehen.

Gefühlte Unsicherheit ist das Ergebnis einer Abfolge von subjektiven Urteilen über das, was zu mehr und zu weniger Sicherheit führt. Kommt dazu, dass genauso, wie die gefühlte Temperatur angenehmer oder weniger angenehm ausfällt, wenn trotz klirrender Kälte die Sonne scheint oder wenn man sich richtig anzieht, zusätzliche Faktoren das Bild ohnehin noch einmal stark verändern können. Ist ein angeblich unberechenbarer US-Präsident wirklich so fehl am Platz, wenn eine neue, aufstrebende Grossmacht, nämlich China, ihre Rolle in der Weltpolitik auslotet und austestet? Könnte, auch wenn es auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint, nicht gerade besagte Unberechenbarkeit in dieser spezifischen Konstellation mehr Sicherheit generieren als eine angeblich konsensaffine Figur wie der vormalige US-Präsident? Wir wissen es nicht und wollen auch nichts behaupten. Es geht uns nur darum, die um sich greifende Aufregung über anscheinend oder auch nur scheinbar laufend steigende Unsicherheit ein wenig zu relativieren. Uns ist mit Celsius-Graden wohler und ebenso mit schlichten Sachverhalten wie Wind oder Feuchtigkeit, deren Implikationen wir dann für unser eigenes Urteil und Empfinden ab- und einschätzen können. So halten wir uns auch in Bezug auf das Weltgeschehen gerade im postfaktischen Zeitalter lieber an erhärtete Sachverhalte denn an Meinungen, Gefühle und den Versuch, solche zu quantifizieren.

Das wiederum bedeutet jedoch nicht, dass wir nicht einige der derzeitigen Entwicklungen als einschneidend, ja, vielleicht umwälzend beurteilen. Die intellektuelle Suche nach einem Muster oder einer Theorie, in welche die Veränderungen einzuordnen sind, unterscheidet sich von der schieren Feststellung einer wie auch immer definierten Unsicherheit, vor der man gelähmt wie vor einer Schlange steht. Die Schlange heisst derzeit «Populismus»; die meisten Diskussionen über dessen Ursachen und Folgen sind aber bislang kaum zielführend. In dieser *bergsicht* interpretieren wir das Geschehen als Abwendung von der Fiktion eines übergeordneten kollektiven Interesses hin zu einer expliziteren, vielleicht brutal-direkten, aber auch ehrlicheren Verfolgung von Partikularinteressen. Wir nennen die Entwicklung «Entkollektivierung» und werden versuchen, ihr die einzelnen beobachtbaren Phänomene zuzuordnen und Schlüsse zu ziehen.

Nach wie vor als schockierend betrachten viele den Umstand, dass ein amerikanischer Präsidentschaftskandidat auf die Idee kommen konnte, sein Programm mit «America first!» zu titulieren. Hinter diesem Entsetzen steht der Glaube, erstens existiere etwas Anderes, Höheres als das jeweilige Eigeninteresse, und zweitens gehöre es zur moralischen Pflicht von Vertretern der grössten Nation des aufgeklärten Westens, nicht das Nächstliegende, sondern eben dieses andere, auf ein unbekanntes Kollektiv ausgerichtete Interesse zu repräsentieren. Der Codex ganzer Generationen von Politikern und des hinter ihnen stehenden Apparats von Meinungsmachern lautete bisher so, und sie bezogen aus dieser Ausrichtung auf das übergeordnete Kollektiv auch ihre Legitimation; selbst zur Entfaltung von Kriegen, zum Beispiel im Irak.

Den Zenit erreichte diese Auffassung gewiss mit der sehr frühzeitigen Verleihung des Friedensnobelpreises an den damals amtierenden Präsidenten Barack Obama im Jahr 2009. Diese Quasi-Heiligsprechung zur Unzeit hat die Abwendung der amerikanischen Öffentlichkeit von einer moralgetriebenen Auffassung politischer Belange und die Hinwendung zu einer Person, die offenkundig keinerlei diesbezüglichen Skrupel kennt, möglicherweise beschleunigt und bestärkt. Denn immer schwang hinter der Moralisierung ja auch das Problem der Doppelmoral mit. Was man Barack Obama noch abnehmen mochte, war bei Hillary Clinton definitiv nicht mehr hinnehmbar, selbst und gerade in jenen Kreisen, die sie zu vertreten vorgab. Donald Trump, der moralferne Kandidat, erhielt den Vorrang. Wen *keine Moral* anftcht, der hat auch kein Problem mit der *Doppelmoral*.

Eigeninteresse versucht sich aus Eigeninteresse mit den Eigeninteressen anderer zu verbinden. So entsteht ultimativ nationales oder sogar die Fiktion eines übergeordneten globalen Interesses. Eigeninteresse und die Berücksichtigung anderer Interessen sind in der realen Welt selbstverständlich. Zur Wahrnehmung von Eigeninteresse gehört nachgerade das Eingehen auf das Interesse anderer, sonst drohen Krieg und Vernichtung. Eigeninteresse ist nicht synonym mit den unter anderem von Donald Trump vertretenen Forderungen nach Abschottung der Märkte oder dem Bau von Mauern und den Kapitalkontrollen nahekommenden Vorstellungen der Repatriierung von Unternehmensgewinnen. Die wohlstandsgenerierenden Konsequenzen des freien Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalaustauschs sind hinlänglich bekannt und unbestritten; sie machen Donald Trumps Art, wie er amerikanisches Eigeninteresse wahrnehmen will, in verschiedener Hinsicht problematisch. Die Ausrichtung auf das Eigeninteresse per se ist es jedoch nicht.

Die Ent-Moralisierung und damit die Entkollektivierung, weg von der angeblich existierenden, übergeordneten «Weltgemeinschaft» hin zu einer spezifischeren Wahrnehmung des Eigeninteresses, ist ein Prozess, in welchem der neue Präsident eine bestimmte Rolle spielt. Er wäre aber ohnehin in Gang gekommen und würde auch ohne ihn vollzogen. Mit dem Aufstieg Chinas geht ja die Rolle der USA als einziger weltumspannender Macht zu Ende. Die Welt muss sich damit abfinden, dass ihre Zukunft von zwei oder mehreren, sich teilweise widerstrebenden Kräften geprägt sein wird. Kräfte, die in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse aber stets auch wieder den Ausgleich werden finden müssen. Dieser Ausgleich kann als Fortsetzung der Globalisierung gesehen werden. Ist solcherart Ausgleich im Sinne des «Global Policy Uncertainty Index» unsicherer als das bisher Gehabte? Wir bezweifeln dies lebhaft. Denn eine Fiktion war das übergeordnete Kollektiv einer «Weltgemeinschaft» gewiss, die behauptete Interessenswahrnehmung letztlich ein Propagandamittel. Dies kann nicht nachhaltig sein, ein durch laufend gesuchten Ausgleich gefundenes, situativ geprägtes Gleichgewicht aber durchaus.

Interessant: Von der Öffentlichkeit noch weitgehend unbemerkt hat sich im Rahmen dieses Prozesses die Bedeutung des Uno-Sicherheitsrates stark vermindert. Die Wahrnehmung sicherheitspolitischer Interessen findet neuerdings unilateral statt, ohne dass dieses schwer zu einende Gremium konsultiert worden wäre – früher war dies völlig undenkbar! Der Sicherheitsrat nimmt heute bestimmte Entwicklungen höchstens noch post festum mehr oder weniger zähneknirschend zur Kenntnis. Von einer lenkenden Rolle zur Findung eines Ausgleichs kann keine Rede mehr sein. Die Entkollektivierung ist in vollem Gange. Andere, den neuen Gegebenheiten angepasste institutionelle Arrangements zur Erlangung des Ausgleichs auf übernationaler Ebene sind noch nicht sichtbar, geschweige denn etabliert. Die bilateralen präsidentialen Konsultationen – Trump telefoniert mit Xi Jinping, Putin mit Erdogan, Merkel mit Putin – sind auf die Länge wohl nicht hinreichend und anfällig für ungewollte Unfälle. Die bi- oder multipolare Welt wird eine modifizierte Sicherheitsarchitektur brauchen, die erst noch erdacht und gebaut werden muss.

Es macht den Anschein, als ob die USA einen *sicherheitspolitischen Doktrinwechsel* in Richtung eines weltumspannenden punktuellen militärischen Vollzugs vornehmen würden. Also weg von den massiven, immer noch mit vielen Truppen verbundenen Einsätzen wie in Afghanistan oder im Irak hin zu einer durch *Überraschung* und *potentielle Ubiquität* gekennzeichneten Doktrin: egal, wann und wo, aber wirksam im Ziel, weil präzise aufgeklärt. Wirksam in der Öffentlichkeit. Erschreckend und einschüchternd für die einen, bestärkend und wohligh fern vom eigenen Territorium für die anderen. Bis zu einem gewissen Grad also ziemlich *asymmetrisch*. Vom Gegner zu lernen, das war seit je Teil der Kriegskunst. Dass die Vorgehensweise des Terrorismus und die moderne Waffentechnik in Form

von Satelliten, Cyberwaffen, Drohnen und Missiles sich einmal vereinen könnten, war nicht einfach vorzusehen, entspricht aber der Logik des Konsolidierungsprozesses, in dem sich die USA als bisher einzige Weltmacht befinden.

Überraschung und potentielle Ubiquität sind als neue Doktrin einer Weltmacht auf unilaterale Interessenswahrnehmung angewiesen. Das Muster, wie das künftig vor sich gehen könnte, lieferten die Zerstörung des syrischen Luftwaffenstützpunktes am 7. März dieses Jahres sowie der Abwurf der Mega-TNT-Bombe auf einen Taliban-Stützpunkt in Afghanistan in der Folgewoche. Man mag diese Einsätze der Unberechenbarkeit des neuen Präsidenten zuordnen; für uns waren es Versuche, die *neue Doktrin zu erproben*. Zudem ist der Doktrinwechsel hin zu überraschender und ubiquitärer Interessenswahrnehmung kein Produkt des neuen Präsidenten, sondern hat in anderen Bereichen bereits seit längerer Zeit Anwendung gefunden. Dass der amerikanische Justizapparat sozusagen überall und durchaus überraschend wirksam werden kann, davon können schweizerische Bankiers oder deutsche Automobilhersteller ein Liedlein singen. Dass einer der 16 amerikanischen Geheimdienste in unseren Rechnern und Clouds herumwühlt, ist allgemein akzeptierter, dringender Verdacht. Ubiquität ist in diesem Sinne wörtlich zu verstehen.

KAPITEL 3

Hundert Tage Unilateralismus

Trump als Teil einer Zeitwende, als Vollzugsperson eines Prozesses, der ohnehin und ohne ihn auch irgendwie stattfinden würde: Seine Neigung zu exzentrischen Handlungen und Entscheiden und die ihm nachgesagte Beratungsresistenz ist der Hinwendung des Zeitgeistes zu mehr Partikularinteresse selbstverständlich förderlich. Am besten tritt das in der für politische Belange ziemlich neuen Kommunikationsmethode Twitter zutage. Die Medien, Vermittler zwischen den Inhabern der Macht und dem grossen Publikum, mithin aus dem Kollektiv schöpfende gesellschaftliche Kräfte, werden von Trump systematisch ausgelassen. Er bevorzugt den unilateralen, direkten, «populistischen» Kontakt zur breiten Masse. Die moderne Technik macht's möglich – es braucht Zeitung oder Fernsehen nicht mehr, um präsidentiale Worte ins Publikum zu bringen. Und damit wird den Medien auch die Möglichkeit genommen, interpretierend und meinungsmachend, angeblich zugunsten des Kollektivs, einzugreifen. Ebenso sind alle den Medien nahestehenden Kräfte aus- oder zumindest nachgeschaltet: Politikwissenschaftler, Kommentatoren, Analysten – sie alle können erst im nachhinein reagieren, dann, wenn der nächste und der übernächste präsidentiale Tweet schon plazierte ist.

Präsident Trump wird insofern als grosser Ankündiger in die Geschichte eingehen. Der Vollzug scheint nicht seine Sache zu sein. Überall dort, wo *im System* aus Gründen des Machtausgleichs *Sollbruchstellen* und *Sicherungsbolzen* eingebaut sind, entweder zugunsten der Justiz oder zugunsten des Parlaments, ist in diesen ersten hundert Tagen Trump recht wenig geschehen. Einzig die Ernennung des neuen Bundesrichters Neil Gorsuch durch den Senat kann als Überzeugungserfolg angesehen werden. Für die Republikaner stand allerdings auch sehr viel auf dem Spiel, nicht zuletzt die eigene Glaubwürdigkeit.

Was kann man nach hundert Tagen populistischen Tweet-Präsidiams sagen? Es macht einen demokratischen Rechtsstaat aus, dass Tweet und Dekret als Form unilateraler Kommunikation eines Machthabers nicht durchzudringen vermögen. Der Ausgleich ist im demokratischen Rechtsstaat institutionalisiert und fein austariert. Insgesamt ist es faszinierend zu beobachten, wie *resistent* sich ein bewährtes System gegenüber einzelnen, exzentrischen Persönlichkeiten erweisen kann. So scheiterte Trump bisher mit seiner Einreiseperrre gegenüber einigen muslimischen Staaten am Widerstand einzelner *Richter*. Man stelle sich einmal eine analoge Situation in Russland oder China vor! Aber auch das Parlament piff ihn zurück. Es zeugt von einem *gesunden parlamentarischen Geist*, wenn über die Parteigrenzen hinweg unausgegorenen präsidentialen Vorlagen ein vorzeitiges Ende bereitet wird. Der erste Anlauf zur Aufhebung von «Obamacare» war bestimmt unsorgfältig vorbereitet und vorschnell lanciert. Dass dasselbe Parlament dann (vorderhand) sein Einverständnis gibt für eine sehr tiefgreifende Steuerreform, wirft ebenfalls ein günstiges Licht auf das Funktionieren der Institutionen. Ob die nicht ganz ungefährliche Entsendung eines Flugzeugträgers in Richtung Nordkorea am *Widerstand der Streitkräfte* oder des Verteidigungsministers scheiterte, ist vorderhand noch ungewiss. Für ein «Missverständnis» besteht in diesem Bereich bekanntlich wenig Spielraum...

Hundert Tage Unilateralismus: Er hat nicht funktioniert. Auch ein so eigenmächtig erscheinender Mensch wie der neue amerikanische Präsident stösst, Twitter hin oder her, an die institutionellen Grenzen einer Verfassung, welche die Gründerväter mit fundierten Kenntnissen von Montesquieus «L'Esprit des lois» gesetzt hatten. Macht gehört verteilt und darf in ihrer Anwendung nicht situativen Stimmungen unterliegen. Wenn «Gemeinschaft» mehr als eine Fiktion sein soll, dann muss der Ausgleich von Macht und Interessen durchsetzbaren Regeln unterliegen. Nur so kann Macht gebändigt und ihre Ausübung einigermaßen voraussehbar gestaltet werden. Ob man die *USA* liebt oder nicht (und dafür auch Gründe hätte) – die ersten hundert Tage Trump haben solchermassen definierte *Stabilität bewiesen*. Oder anders gesagt: Ja, es gibt einen Zeitgeist in Richtung von mehr und deutlicher, in extremis unilateral geäussertem Interessenswahrnehmung. Aber es gibt dort, wo die Macht zur Bedrohung des Bürgers werden könnte, zum Glück auch

Hinterlassenschaften der Aufklärung, die nach wie vor Gültigkeit haben und offensichtlich funktionieren. Montesquieu brauchte nie ein «übergeordnetes Interesse» zu bemühen, um die Zähmung der Macht zu begründen. Er rechnete mit Eigeninteresse und der Möglichkeit des Machtmissbrauchs und formulierte die Regeln des Umgangs damit.

Trump wird vorübergehen, eine Episode bleiben. Die amerikanische Verfassung nicht. Sie ist für widerstreitende Eigeninteressen errichtet worden. Wie steht es darum in anderen, für uns relevanten Teilen der Welt?

KAPITEL 4

May und Macron – Nelson und Napoleon?

Im realpolitischen Laboratorium europäischer Referenden und Wahlen der letzten und der kommenden Monate stellt sich just die Frage der Stabilität der Systeme im Hinblick auf die Möglichkeit der Machtübernahme durch Kräfte, die in ungewohnt expliziter Weise ihre Interessen und Ansichten durchsetzen wollen. Den ersten Schock dieser Art versetzten gewiss die Engländer mit ihrem Brexit-Entscheid. Wie auch immer man dazu stehen mag, eines kam in der Folge deutlich zum Ausdruck: *Grossbritannien* ist zwar ein Land ohne geschriebene Verfassung, aber eine politisch hochkultivierte, *reife Nation*. Es war meisterlich, wie nach dem Brexit-Entscheid und Rücktritt des unglücklichen Premierministers David Cameron innerhalb von nur einer Woche Ordnung geschaffen wurde an der Downing Street, indem unbotmässige Extremisten ausgebootet beziehungsweise in unschädliche Positionen gehievt wurden und eine Regierungschefin mit ruhiger, doch eiserner Hand an die Macht gebracht wurde.

Seither hat Grossbritannien in Bezug auf die Wahrnehmung der eigenen Interessen *keinen einzigen Fehler* begangen. Die Setzung eines minimalen Verhandlungsziels gegenüber der EU – nämlich das selbstverständliche, bedingungslose Zurückfallen auf den WTO-Standard – wie auch die eindeutige Mandatierung der Regierung durch das Parlament (selbst Teile der Opposition stimmten dafür), die klare Ablehnung finanzieller Vorbedingungen seitens der EU wie auch die aus der Stärke heraus ausgerufenen Neuwahlen für den 8. Juni 2017 deuten auf eine sehr klare Strategie hin: Grossbritannien ist Teil der ganzen Welt, Europa nur ein abnehmender Teil davon. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist erwünscht, aber nicht um jeden Preis. Externe Leistungen (Sicherheit) zugunsten Europas müssen angerechnet werden. Entgegen allen dunklen Voraussagen von Auguren und zumeist verkappten Brexit-Gegnern läuft nun auch die Wirtschaft eher besser als erwartet, was der Premierministerin Momentum verleiht.

Mit anderen Worten ist die zuvor angedrohte Destabilisierung in keiner Weise eingetreten; die Wahrnehmung des Partikularinteresses gegenüber Europa hat im Gegenteil zu einer Klärung der Situation auf den britischen Inseln beigetragen. Erhöhte politische Unsicherheit? Gefühlt vielleicht schon, weil medial so dargestellt, denn die Engländer verletzten ja das angeblich übergeordnete Interesse einer europäischen Kohäsion, die es so zwischen dem Kontinent und den britischen Inseln allerdings nie gegeben hatte. In Tat und Wahrheit hat ebendiese Wahrnehmung der Interessen Klarheit geschaffen und Sicherheit sowie Stabilität kaum beschädigt. Die EU wird sich entscheiden müssen, mit welchem politischen Ballast angeblich unumstösslicher Grundsätze sie künftig den Zugang zu ihrem Binnenmarkt belasten will. Auch diese Klärung tut not, sowohl gegen innen als auch gegen aussen. Weshalb? Grossbritannien hat es geschafft, der Populismusfalle durch Internalisierung entsprechender Gefühle und Strömungen und das Umgiessen in eine zivilisierte nationale Politik zu entkommen. Dieser Prozess steht anderen europäischen Ländern noch bevor.

Was kann in diesem Zusammenhang über den Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen gesagt werden? Zunächst einmal, dass auch die französische Verfassung sich als recht resistent erwiesen hat. Denn, dass ein Wahlsystem eine Ausmarchung bewältigt, bei der sämtliche traditionellen Parteien und Kräfte versagen und am Ende doch ein von vielen Seiten akzeptierter Präsident feststeht, ist nicht selbstverständlich. Nun bringt es das französische System aber mit sich, dass, ähnlich wie in Amerika, der neue Präsident unter Umständen mit einem ihm nur sehr teilweise genehmen Parlament Vorlieb nehmen muss. Diese «cohabitation» genannte Situation lässt im konkreten Fall eine schwierige Regierungsarbeit erwarten. Zudem existiert in Frankreich neben dem Parlament noch eine weitere Kraft, eine ungewöhnlich starke, weitgehend unkontrollierbare *ausserparlamentarische Opposition*, jene der Strasse nämlich. Der neue Präsident Macron läuft Gefahr, sowohl die Linke als auch die Rechte gegen sich zu haben, vielleicht sogar beide zusammen, denn sie buhlen ja um dieselben Teile in der Bevölkerung. Frankreich krankt seit je an dieser unzivilisierten Wahrnehmung von Partikularinteressen; einen Ausgleich, der zu den notwendigen Reformen führen würde, kann es deshalb kaum geben.

Wegen der mangelnden Verankerung in der Parteienlandschaft gleicht der neue französische Präsident einem kolossalen Stadtbuss, der mittels laut heulendem Notaggregat zwar läuft, aber nicht wirklich auf Touren kommen kann, höchstens bergab. Wir wagen die Voraussage, dass Macron sich in Ermangelung tatsächlicher politischer Verankerung im eigenen Lande auf die europäische Ebene begeben wird. Wegen des offenkundigen Brüsseler Führungsmankos werden ihm dort die Türen weit offenstehen, und er könnte versucht sein, zu europäischen Reformen auszuholen und sich so die Anerkennung im eigenen

Land indirekt zu sichern. In Napoleon Bonaparte hätte er ein Vorbild. Auch diesem mangelte es an Verankerung im eigenen Lande. Und Europa wäre möglicherweise für einen neuerlichen Napoleon reif...

Eine vielleicht etwas gewagte Voraussage, wir geben es gerne zu. Graduelle Abschwächungen sind denkbar. Aber die Wahrnehmung von Eigeninteressen kann, wenn die Konstellationen dafür gegeben sind, durchaus auch abgründige Züge annehmen. Der Reformbedarf in der EU könnte eine solche Konstellation darstellen. Mit den Strukturen der EU verfügt Europa kaum über ein hinreichendes Gefüge von Checks and Balances, die den Versuch zur Machtkonzentration im Rahmen eines Reformvorhabens verhindern könnten. Der EU-Gerichtshof ist ein gefügiges Instrument zur Vertiefung und Vereinheitlichung der Union. Ebenso fehlt eine genügende demokratische Kontrolle, denn das EU-Parlament gleicht kompetenzmässig eher einem aufgeblähten Jugendparlament als einer ernstzunehmenden, die Macht teilenden und damit kontrollierenden Institution. Wenn äussere Kräfte, dem Zeitgeist entsprechend, mehr und mehr auf die Wahrnehmung eigener Interessen pochen, ist nicht auszuschliessen, dass in Europa der Ruf nach einer jungen, dynamischen Machergestalt ein Echo findet. Einzig das föderale Eigeninteresse der Mitgliedsstaaten stände einem solchen Ansinnen entgegen. Ob das angesichts des Rufs nach Kohäsion genügen würde?

KAPITEL 5

Eigeninteresse am Bosphorus

Vor knapp einem Jahr beklagten wir den unkritischen Umgang der meisten Medien im Zusammenhang mit dem sogenannten «Putschversuch», der im Sommer 2016 in der Türkei stattgefunden haben soll. Kaum jemand, der damals wenigstens das Wörtchen «angeblich» zugefügt hätte. Heute übertreffen sich dieselben Medien in der Kritik am türkischen Präsidenten Erdogan, namentlich an der aus ihrer Sicht fragwürdigen demokratischen Legitimierung der von ihm veranlassten, problematischen Verfassungsänderung. Dass ausgerechnet aus Europa solche Vorhaltungen kommen, stört. Denn wer im Glashaus sitzt, sollte sparsam sein im Umgang mit Wurfmaterial: Wie steht es denn um die demokratische Legitimation der wesentlichen europäischen Übereinkommen wie Maastricht oder Lissabon, und wie um deren rechtstaatlich getreue Befolgung?!

Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Ausgleich: Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass es solcherlei bis auf weiteres auch im südöstlichen Nachbarland Europas nicht mehr geben wird. Aber hat es das, wenn man ehrlich wäre, dort überhaupt einmal gegeben? Handelte es sich nicht seit je vielmehr um eine Fiktion,

die man im «übergeordneten» Interesse eines möglichen Beitritts der Türkei zur EU sorgsam pflegte? Etwa so wie die Korrektheit der griechischen Staatsrechnung vor dem Beitritt zum Euro? Während langer Zeit wachte in der Türkei ein Militärrat darüber, dass zentripetale Kräfte keine Oberhand erhielten. Die Macht war in diesem Sinne schon immer ungeteilt. Nun haben die Macht, muslimisch verschleiert, ein zum Sultan metamorphierter Präsident und seine Gefolgschaft in der Hand.

Ist das gut oder schlecht? «Gut» aus idealtypischer Sicht von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ganz gewiss nicht. Schlecht? Ganz gewiss für die Gegner Erdogans im eigenen Land. Für Europa? Spezifischer: Hat die Sicherheit dieser Weltgegend im Sinne des Index für politische Unsicherheit unter dieser Entwicklung gelitten? Nur auf den ersten Blick. Nämlich dann, wenn man Sicherheit und Stabilität mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gleichsetzt. Das ist in nicht-aufgeklärten Kulturkreisen aber eine nicht ganz triviale Angelegenheit. Denn ein religiös und sozial gegebenes Herrschaftsverständnis kann sowohl das demokratische als auch das rechtsstaatliche Gedankengut bis zur Unkenntlichkeit verfälschen, ja zu sozialer Unrast und Gewalt führen. Die mittlerweile stattliche Zahl dysfunktionaler, ehemals halbwegs zivilisierter Länder im muslimischen Einzugsbereich konterkariert die früher als selbstverständlich gehaltene Suprematie westlicher Staatssysteme für alle Welt.

Auf den zweiten Blick könnte sich somit ergeben, dass an einer historischen, geographischen, kulturellen und religiösen Scharnierstelle der Welt ein Quasi-Königreich nicht die schlechteste aller Möglichkeiten darstellt, solange es aufgrund der inhärenten Spannungen nicht in einen Bürgerkrieg taumelt. Ein Sultanat, das in gelebtem Eigeninteresse die Beziehungen zu den durchaus nicht unproblematischen Nachbarn wie Russland, Iran, Syrien und Europa pflegt und die relative Unverzichtbarkeit als Regionalmacht ausspielt. Ob das mit der weiteren Mitgliedschaft in der Nato einhergehen kann, steht auf einem anderen Blatt. Aber angeschlagen ist diese Mitgliedschaft seit der verwickelten Situation um Syrien ohnehin.

Bei allen Vorbehalten, die man aufgrund der offenkundigen Menschenrechtsverletzungen gegenüber dem neuen Herrscher am Bosphorus hegen kann, muss man feststellen, dass die Türkei unter Erdogan die für dessen Clique massgeschneiderte Hinwendung zur Wahrnehmung eigener Interessen (beziehungsweise der Interessen jener, die in ihrem Land nun eben das Sagen haben) vollzogen hat. Man kann das «Nationalismus» nennen und Erdogan auch einen Populisten schimpfen. Besser und zielführender wäre es, den richtigen, das heisst *vertretbaren Umgang* mit *autokratischen Staaten* abzustecken. Wie weit darf, soll, muss man mit solchen Menschen und Systemen kooperieren? Wo sind der pragmatischen Kooperation Grenzen zu setzen, weil man sonst zu Recht der Kollaboration

bezichtigt würde? Dies betrifft übrigens nicht nur den Umgang mit der Türkei, sondern auch jenen mit Russland, Saudi-Arabien, Singapur oder China. Es gehört zu den realpolitischen Einsichten, dass in vielen Teilen der Welt bis auf weiteres und darüber hinaus Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nach westlichem Verständnis keine Chance haben werden. Also muss man sich darauf einstellen, ohne dabei die eigenen Werte zu gefährden und zu verraten; aber auch ohne übergeordnet-kollektivistisch genährte, neokolonialistische Missionsenergien, um diese Länder auf den rechten Weg zu bringen – wenn er es denn wirklich wäre. An Stoff für intellektuelle Arbeit würde es wahrlich nicht mangeln!

KAPITEL 6

Globalisierung: Am Ende? Oder erst am Anfang?

Die – zugegebenermassen sehr vorläufige und gezwungenermassen auch lückenhafte – Bestandaufnahme des politischen Zustands der Welt nach hundert Tagen Trump, einigen europäischen Wahlgängen sowie tiefgreifenden Strukturveränderungen im südöstlichen Nachbarreich zu Europa muss nun noch in Beziehung gesetzt werden zum Wirtschaftssystem. Dieses folgt insofern anderen Regeln, als Macht und Machtausübung nicht dessen Essenz ausmachen, sondern höchstens akzessorische Elemente zur Erreichung der wirtschaftlichen Zielsetzung sind. Die Wirtschaft sucht nach möglichst freier Multiplikation; sie definiert sich über die Wahrnehmung des eigenen Interesses und ist grundsätzlich ausgleichsorientiert, denn nur im freiwilligen Austausch mit anderen kann sie sich überhaupt entfalten. So sehr einzelne Unternehmungen in ihrer spezifischen Situation da und dort nach Schutz und Abschottung durch das politische System suchen, um so den Wettbewerb gegen sie einzudämmen, so sehr ist die Wirtschaft als Ganzes auf Offenheit ausgerichtet. In letzter Konsequenz bedeutet solche Offenheit das, was wir seit nunmehr bald 30 Jahren als *Globalisierung* kennen.

Wird nun die Globalisierung durch die explizitere Wahrnehmung von Partikularinteressen Schaden leiden? Wird das Rad zurückgedreht? Drohen Handelskriege? Wir können uns zum heutigen Zeitpunkt drei unterschiedliche Szenarien vorstellen: Die wohlfeilste Variante stellt wie immer die Fortsetzung des Gehabten dar. Pessimisten rechnen mit einer Rückkehr zu protektionistischen, kameralistischen Praktiken. Optimisten gehen davon aus, dass trotz aller Rhetorik die Globalisierung in ihren Grundzügen eine Fortsetzung findet, wenngleich mit dieser oder jener Einschränkung.

Wie bereits erwähnt, schliesst die Wahrnehmung von Partikularinteressen den Ausgleich mit anderen Interessen keinesfalls aus. Im Gegenteil, sie bedingt den Ausgleich. Ausgleich im wirtschaftlichen Bereich bedeutet die Berücksichtigung der komparativen Vorteile der Gegenseite, weil auf diese Weise Wohlstandszuwachs entsteht, ohne dass es der einen oder anderen Seite zum Nachteil gereicht. Diese auf den französisch-schweizerischen Ökonomen Vilfredo Pareto zurückgehende Einsicht müsste, wenn es rational zu- und hergehen würde, auch und gerade die Wahrnehmung von Eigeninteressen leiten. Vielleicht noch mehr, als es eine durch mancherlei ideologische Vorstellungen verfälschte internationale Handelspolitik zugunsten eines fiktiven übergeordneten Kollektivs je tat. Aus theoretischer Sicht jedenfalls müsste die Hinwendung zu mehr explizit geäussertem Eigeninteresse überhaupt nicht Abschottung und Protektionismus nach sich ziehen, sondern die Bemühung um mehr und bessere Freihandelsverträge und um multilaterale Handelsabkommen.

Nun ist die Annahme, dass es rational zu- und hergehen wird, naiv und blauäugig. Denn hinter der Hinwendung zur vermehrten Wahrnehmung von Partikularinteressen stehen ja politische Kräfte, die auf die eine oder andere Weise durch das, was sie von der Globalisierung wahrgenommen haben, gründlich die Nase voll haben. Der Verlust der eigenen Arbeitsstelle, die vielerorts grassierende Jugendarbeitslosigkeit, die Konkurrenzierung lokaler Produktion aus Billiglohnländern, die Benachteiligung durch allzu hohe Standards und Regulation im eigenen Land: Dies und viel Ähnliches mehr gehört zum negativen Erfahrungsschatz breiter Bevölkerungsschichten, die leicht zum Objekt verführerischer politischer Rezepte werden. Hier lauert die Schlange des Populismus, und die Geringschätzung der effektiven Probleme und der berechtigten Ängste dieses Teils westlicher Gesellschaften hat zur misslichen politischen Lage in den meisten Ländern Europas geführt; ernstzunehmende Analysen führen auch den Erfolg Donald Trumps bei seiner Wahl zum US-Präsidenten auf die Mobilisierung der Unterprivilegierten zurück, was einer gewissen Ironie nicht entbehrt, wenn man an das Reichumsgefälle zwischen ihm und seiner Wahlklientel denkt...

Es ist vorauszusehen, dass die Politik dieser besonderen Konstellation ihre Opfer wird bringen müssen, und, so wie Politik nun einmal funktioniert, ohnehin der kurzfristige Effekt das langfristige Kalkül dominieren wird. Protektionistische Erlasse zeitigen (vielleicht) kurzfristig positive Ergebnisse, aber sind in der langen Frist desaströs – nämlich dann, wenn die verantwortlichen Politiker schon abgetreten sind. Es wird sich zeigen, wie resistent die westlichen Institutionen gegenüber kurzfristig orientierten, auf den Knalleffekt ausgerichteten Massnahmen sein werden. Die *Zögerlichkeit*, mit der Donald Trump seine Wahlversprechen im handelspolitischen Bereich umsetzt, lässt immerhin *hoffen*. Der Widerstand aus dem Kon-

gress ist programmiert und wird voraussichtlich Schlimmstes verhindern. Die USA sind im übrigen nicht allein: Die aufstrebende Weltmacht China hat ihre eigenen Interessen bezüglich Freihandel bereits im Januar in Davos deutlich angemeldet, und der frühere Geschäftsmann Trump ist auf dieses Streben nach Ausgleich auch schon eingetreten. Wenn von Seiten der USA keine echten Sündenfälle erfolgen, dann kann sich der Rest der Welt auch nicht wirklich auf den Protektionismuspfad begeben, denn dies entspräche einem auch kurzfristig spürbaren Schnitt ins eigene Fleisch.

Es ist noch zu früh, um zwischen den entgegengesetzten Szenarien zu entscheiden beziehungsweise die graduellen Schattierungen für die Zukunft auszumalen. Zeitgeistbedingte Umwälzungen sind auch unallgefährdet. Die *Rhetorik* wird, weil dies das politische Überleben gebietet, überall *schriller* tönen. Dennoch können wir einem wirklich negativen Ausgang der Sache keinen Platz einräumen, denn bei aller Achtung vor Macht, Machtausübung und politischen Strömungen sind für uns andere, übergeordnete Entwicklungen letztlich viel entscheidender. Viel war in vergangenen Ausgaben der *bergsicht* die Rede von den sinkenden und noch einmal sinkenden Informations- und Transaktionskosten, welche der technische Fortschritt nach sich gezogen hat und weiterhin nach sich zieht. Diese Entwicklung, die Hinwendung zur weitestgehend hinderisfreien, weil kostenlosen, direkten Wahrnehmung der Eigeninteressen jedes Individuums auf einer sozusagen unendlich grossen, die ganze weite Welt erreichenden Plattform ist viel entscheidender als alles, was im Weissen Haus und in Regierungspalästen ausgeheckt wird. In vielerlei Hinsicht werden Institutionen überflüssig werden. Diese *Entkollektivierung* der Interessenswahrnehmung hat *erst begonnen*. Darin liegt der wirkliche Megatrend.

*

Ob die politische Unsicherheit sich über die letzten Monate erhöht habe oder nicht, haben wir zu Beginn dieser *bergsicht* erörtert. Wir kamen dabei nicht zu eindeutigen Schlüssen. Wer das regierende Personal in den Vordergrund stellt, dem mag vor der Zukunft grauen. Wem der Bestand der Institutionen wichtiger erscheint, der erhielt in den vergangenen Monaten die Ergebnisse einiger sehr positiv verlaufener Belastungstests. Die relative Sorglosigkeit, mit welcher die Finanzmärkte das schrille Geschehen im politischen Bereich quittieren, kann selbstverständlich auf die nach wie vor ultralockere Geldpolitik zurückgeführt werden. Wir glauben jedoch, das erkläre nicht alles. Vielmehr besteht unseres Erachtens viel Grund zur Annahme, dass die in der Wirtschaft vorherrschende, vorsichtig positive Weltsicht auf gewichtige andere Gründe zurückzuführen ist: einerseits die Einsicht, dass auch eine absehbar explizitere

Wahrnehmung (nationaler) Interessen an den Vorzügen der auf Pareto-Optimalität ausgerichteten Handelspraktiken nicht vorbeikommt, andererseits, weil an allen Stellen der Wirtschaft die ungebrochene Kraft des Technologieschubs verspürt wird. Dieser wird alle, wirklich alle Strukturen ergreifen, Institutionen schleifen und dazu führen, dass zwar ein US-Präsident weiterhin seinen Bürgern zuzwitschern kann, dies aber immer weniger Leute wirklich beschäftigen wird – in einer noch flacheren Welt mit noch viel weniger «übergeordneten» Interessen, als wir es uns derzeit vorzustellen vermögen.

KH, 19. MAI 2017

M1 AG
Postfach 344, Museumstr.1
9004 St.Gallen – Schweiz
Telefon +41 (0) 71 242 16 16
Telefax +41 (0) 71 242 16 17
info@m1ag.ch

Abonnieren: www.bergsicht.ch